

Die Parteien mögen sich dann draußen im Land gegenseitig die Köpfe spalten, im äußersten Nothfall hilft dagegen noch immer das Militär: das Ministerium aber wird mit dem Beamtenparlament nicht nur, wie Herr Dr. Kramák von der Aera des § 14 sagt, „streng verfassungsmäßig“, sondern auch, wie es sich Herr v. Bilinski selig gewünscht hat, „streng parlamentarisch“ regieren. Solange die Beamten- und Dienergehälter regelmäßig an jedem Ersten des Monats ausgezahlt werden, ist in diesem Parlament jede Obstruction ausgeschlossen. Dadurch, dass alle Mitglieder dieses Parlaments, wenn auch nicht zu den staatserkhaltenden, so doch zu den vom Staate erhaltenen Elementen gehören, geben sie die volle Gewähr gegen destrucive Tendenzen. Durch Ernennung von 353 Staatsbeamten zu Abgeordneten erlangt die Regierung den nöthigen Spielraum, um die ganze Beamtenchaft rascher avancieren zu lassen; durch Ernennung von 72 Amtsdienern macht sie sich es möglich, auf die bisherige Einrichtung von Parlamentsdienern, über deren Kostspieligkeit Herr v. Halban so oft gejammert hat, gänzlich zu verzichten, da kein Grund vorliegt, warum diese 72 Abgeordneten der reinsten Curie, da sie schon einmal im Parlament anwesend sein müssen, nicht auch die dortigen Dienerposten gleichzeitig ausfüllen sollten. Besonders tüchtige Abgeordnete des alten Hauses, die sich im Kampf gegen die Obstruction um die höchsten Staatsinteressen verdient gemacht haben, wie die Herren Abg. Potoczky, Dr. Straneky, Udrzal, v. Abrahamowicz, Graf Falkenhayn, Brzeznowsky, Szajer, Dr. Kramák, Hagenhofer, Dr. Ebenhoch u. a., werden unter gleichzeitiger Ernennung zu Hof- oder Sectionsrathen, Ministerialsecretären oder Amtsdienern, ins neue Parlament übernommen. Herr v. Halban kann Kanzleidirector bleiben. Scharfe Kritiken der Thätigkeit von Abgeordneten werden, als Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen k. k. Beamte, vom Staatsanwalt schantweg confisciert und damit ein lange gehegter stiller Wunsch mancher Abgeordneten erfüllt. Das neue Parlament führt, wie Herr v. Halban schon vor Monaten in ahnungsvollem Irrthum es nannte, den Titel: „k. k. Abgeordnetenhaus“, und dessen Präsidium ist in der Lage, jede despectierliche Notiz der „Zeit“ mit einer amtlichen Miß-Verichtigung zu beantworten, ohne sich, wie Herr Dr. Kramák bei seinem verfrühten Versuch in diesem Herbst, einer Lächerlichmachung anzuflehen. Mit einem solchen Parlament könnte jeder regieren, ergo auch Baron Gautsch. Was zu beweisen war.

In seiner Lemberger Rede erklärte Herr v. Abrahamowicz: „Die polnische Delegation ist für die Vertheidigung der Verfassung eingestanden, welche der Kaiser bestätigt hat“. Da die sogenannte Länderautonomie, welche die Rechte anstrebt, thatsächlich in der Februar-Verfassung enthalten war, hat Herr v. Abrahamowicz mit seiner Behauptung nicht so ganz Unrecht. Seinen Zuhörern verschweigt er nur, dass jene 1861er Verfassung inzwischen aufgehoben und durch die 1867er, beziehungsweise 1873er Verfassung ersetzt worden ist, welche die parlamentarische Majorität mit Fäusten und Stiefeln bekämpft hat. Demnach ist die citierte Behauptung des Herrn v. Abrahamowicz genau so wahr und ehrlich als die sonstigen Aussprüche, die man von ihm gewöhnt ist.

In seiner Buser Ansprache an die polnische Schlachta sagte der Graf Badeni: „Die Czechen werden wie bisher vernünftig bleiben.“ Wir möchten nur wissen, was Graf Badeni sagen würde, wenn einmal die galizischen Bauern anfangen sollten, sich gegenüber der Schlachta so „vernünftig“ zu benehmen, wie die Prager Steinwerfer und Plünderer gegen die Deutschen.

Wenn die Jungezechen auf dem Weg fortfahren, den sie mit ihren letzten Vertrauensmänner-Resolutionen bezüglich der Prager Excesse eingeschlagen haben, werden sie noch dazu kommen, dass sie, beim Wiederzusammentreten des Parlaments neben ihrer alten Rechtsverwahrung gegen die staatsrechtliche Gestaltung der Monarchie auch eine Rechtsverwahrung gegen jenen Artikel der Verfassung abgeben, welcher lautet: „Das Eigenthum ist heilig“.

Die Prager „Politik“ fällt mich in einer ihrer letzten Nummern mit der Wiederholung jener ehrabschneiderischen Verleumdungen an, mit denen mich Herr Mohr von der „Reichswehr“, der würdige Schüler des Herrn David, im Sommer d. J. angegriffen hat. Ich habe damals Herrn Mohr beim Wiener Landesgericht geklagt, und Herr Mohr hat daraufhin ohne Besinnen sowohl vor Gericht als auch in der Presse vernünftigerweise eingestanden, dass an seinen Verleumdungen auch nicht ein Wort wahr ist. Nachdem der Original-Autor sich selbst in solch vernichtender Art gekennzeichnet hat, brauche ich mich bei seinen neuesten Prager Nachahmern nicht weiter aufzuhalten. Wozu auch? Sie sollen nur weitererschimpfen. Ich müßte mich schämen, wenn ich von dem Blatte gelobt werden würde, das die Prager Plünderer und ihre Thaten beschönigt hat. Wie sich bei jenen Plünderungen gezeigt hat, greifen Leute solcher Art immer nach jenem Gute des Nächsten, das ihnen selbst fehlt: die Podstal-Männer von Prag nach Mehl und Winterröcken, die Herren von der Redaction der „Politik“ nach des Nebenmannes Ehre.

Volkswirtschaftliches.

Die Verlegenheiten der Wiener Communalverwaltung mehren sich. Jedes größere Gemeinwesen braucht zu einer geordneten Verwaltung einen Finanzminister, der die finanziellen Verhältnisse desselben kennt, die budgetäre Leistungsfähigkeit ermessen kann, das Budget in Ordnung hält, für die Finanzen verantwortlich ist und es daher gegenüber einer allzu expansiven Finanzpolitik an den nöthigen Hemmungen nicht fehlen läßt. Ist er daneben nationalökonomisch, theoretisch und praktisch

gebildet, kennt er die allgemeinen Credit- und Geldverhältnisse, so wird ihm das jedesfalls nichts schaden. Ein solcher Mann fehlt der gegenwärtigen Communalverwaltung. Der Stadtrath Graba, welcher die Stelle eines Finanzsecretärs in der Commune vertritt, versteht von dem allen gar nichts. Er, der vor allem verpflichtet wäre, die Buchführung überhaupt und die der Commune insbesondere bis ins letzte Detail zu kennen, wäre als selbständiger Buchhalter im Detailgeschäft unentbehrlich. Sein Referat über den Rechnungsabschluss der Commune Wien für das Jahr 1896 strotzt von haarsträubenden Fehlern, zeigt eine Unkenntnis der buchhalterischen Grundbegriffe, wie sie für einen Handelsakademiker im dritten Jahrgang unverzeihlich wäre, und ist mit unglaublicher Gedankenlosigkeit und Schlampe abgefaßt. Die Fehler in einzelnen anzuführen, ist hier nicht der Platz. Es genügt darauf hinzuweisen, dass alles das, was Gemeinderath Dr. Stern diesbezüglich in öffentlicher Gemeinderathssitzung vorgebracht hat, vollkommen zutrifft, ja dass er für seine Kritik noch zahlreiche andere Belege aus dem Budgetreferat hätte vorbringen können. Und dabei geht es nicht an, sich auch hier der beliebigen Ausrede des Bürgermeisters zu bedienen, dass die Beamten ihn schlecht unterrichten, dass diese unverlässlich arbeiten. Das Budget, soweit es vom Magistrat ausgearbeitet ist, ist vollkommen correct. Erst wo die Referentenarbeit des Stadtraths Graba beginnt, fängt das Chaos an. Dasselbe gilt von dem Voranschlag für 1898. Die Art, wie das Deficit verschleiert, für seine Bedeckung gesorgt werden soll, erweckt den Anschein, dass unsere gegenwärtige Communalverwaltung die Budgetaufstellung überhaupt nur als eine bloße Formsache ansieht, die man, weil sie von altersher so überkommen, weiterführen muss, die man aber nicht ernst nimmt. Wer aber nicht die Fähigkeit besitzt, sich über seine Vermögensverhältnisse Rechenschaft zu geben, seine Ausgaben mit seinen Einnahmen, seine Investitionen mit seinem Credit in Einklang zu bringen, wirtschaftet planlos und sein finanzieller Zusammenbruch kann nicht ausbleiben. Und planlos ist die ganze gegenwärtige Gebarung der Commune Wien. Planlos war die Errichtung der Gaswerke, über deren finanzielle Tragweite man sich, wie heute bereits Dr. Lueger zugeben muss, der freilich keine Verantwortung auf die Beamtenchaft überwälzen möchte, keine genügende Rechenschaft abgelegt hat. Die Errichtung der Landes-Brandschaden-Versicherungsgesellschaft ist erfolgt, ohne dass man sich über die Höhe etwa möglicher Verluste irgend Klarheit zu verschaffen bestrahlt hätte. Planlos war die Finanzpolitik, welche mit dem Fiasco in den Begehungsvorhaben des Gasanlehens endete. Planlos ist das ganze Verhalten des Dr. Lueger zur Tramwaygesellschaft und zur Frage der elektrischen Bahnen. In all diesen Fragen wird nicht auf Basis einer gefundenen Berechnung vorgegangen, sondern aus Haß. Und Haß ist bekanntlich der schlechteste Berather. Nie war es nöthiger, sparsam hauszuhalten, als eben jetzt, wo die weittragenden Experimente des Bürgermeisters, die sich möglicherweise einmal als sehr gewinnbringend herausstellen könnten, vorläufig eine ungewöhnliche Anspannung des Communalbudgets und Communalcredits erfordern. Noch ist es Zeit, eine vernünftige Wirtschaft einzuführen. Das Budget ist von der liberalen Aera in so geordnetem Zustande übernommen worden, dass es noch nicht möglich war, dasselbe zu zerrütten. Das soll durchaus kein Lob der liberalen Wirtschaft sein. Durch Jahre war Sparbarkeit und Schuldentilgung ihr einziges Bestreben. Alle größeren social- und wirtschaftspolitischen Aufgaben wurden deswegen zurückgestellt. Der Geizhals wirtschaftet aber ebenso verkehrt, als der Verschwender. Die gegenwärtige Majorität muss aber verschwinden. Auf der einen Seite hat sie den Wählern zuviel versprochen, auf der anderen fehlt der Warner, der die langsame Erfüllung mit der Nothwendigkeit, auf die Finanzlage Rücksicht zu nehmen, zu begründen vermöchte. Die Finanzlage der Commune zu überblicken, wo es möglich, zu sparen und neue Einnahmequellen zu erschließen, ist eben heute keiner der Parteigrößen imstande, auch der Bürgermeister nicht. Dr. Lueger hat sich überschätzt. Er glaubte an sein Verwaltungsgenie, aber es reicht nicht aus, um all den complicirten Mechanismus der Communalverwaltung im Auge zu halten, um daneben noch den großen Politiker und Agitator zu spielen. Und er hat keine einzige tüchtige Kraft neben sich. Das ist die Nemesis. Jahrelang waren seine politischen Schlagworte für das Verständnis des dummen Kerls von Wien gemünzt. Nun sitzt der dumme Kerl von Wien im Rathhaus und macht sich breit und soll bei der Verwaltung mitwirken, von der er nichts versteht.

Kunst und Leben.

Die Premieren der Woche. Paris. Renaissance-theater, „Les mauvais bergers“ von Octave Mirbeau. Athénée-Comique, „Cocher, rue Boudreau!“ von Gavault und Cottens. Opéra Comique, „Daphne und Echos“ von Buffet und „L'amour a la Bastille“ von Hirschmann. Porte Saint-Martin, „Cyrano de Bergerac“ von E. Rostand. — Berlin. Goethe-Theater, „Im Hause des Majors“ von Waltherr und Stein. — München. Hoftheater, Zaccani-Gastspiel. — Genf. „Sappho“ von Yvonne Bleffis und Jacques-Dalcroze. — Brüssel. „Hänsel und Gretel“ von Humperdinck.

Endlich hat der junge Herr Hofmeister den Franz Moor spielen dürfen. Es ist ja wirklich Zeit, dass im Burgtheater endlich die „Jungen“ daran kommen: Er hat ihn sehr anständig gespielt. Anständig, das heißt: mit großem Verstand und guten Intentionen, wenn er sich auch noch nicht recht heraus traut. Jedenfalls so, dass der Wunsch laut geworden ist, den begabten Jüngling auch in anderen Rollen zu sehen: Mephisto, Wurm, Richard der Dritte. Den alten Moor gibt Herr Löwe mit einer so großen Gewalt, dass man sich fragt: Haben wir uns da nicht geirrt, ist er nicht vielleicht vielmehr als „der große Sprecher“, kann nicht mit der Zeit ein kleiner Baumeister (ein ganz kleiner) aus ihm werden? S. B.